

AUSGABE 9/2025

DR. FRANK SCHMÄDEKE



**AKTUELLES
aus dem**

LANDTAG

und der

LANDESPOLITIK

- Geburtshilfe in Niedersachsen unter Druck
- "Halbe Sachen" als Regierungsprinzip
- Aktuelles aus dem Dezember-Plenum
- Illegale Migration begrenzen
- Und sonst: Weihnachtspakete und Besuch aus dem Heimatwahlkreis



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de



Liebe Leserinnen und Leser,

der Dezember ist in jedem Jahr ein Monat voller

Herausforderungen – und traditionell auch der Monat des letzten Plenums im Niedersächsischen Landtag. Dieses Mal tagte das Parlament unmittelbar vor der Weihnachtswoche. Geschenke gab es dabei zwar keine, wohl aber eine lange und inhaltlich dichte Tagesordnung. Themen wie die Hebammenversorgung, der Landshaushalt, die ange spannte Finanzlage unserer Kommunen und die geplante Reform der niedersächsischen Oberstufe bestimmten die Debatten.

Ein Schwerpunkt meiner eigenen parlamentarischen Arbeit lag in diesem Plenum auf der Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes – einem Thema, mit dem ich mich seit vielen Jahren intensiv beschäftige. In meiner Rede habe ich deutlich gemacht: Wasser ist Lebensgrundlage, Standortfaktor und kritische Infrastruktur zugleich. Gerade deshalb braucht es ein modernes, ausgewogenes Wassergesetz, das Klimawandel, Vorsorge und Versorgungssicherheit zusammendenkt.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält viele richtige Ansätze und trägt erkennbar auch die Handschrift der CDU. Forderungen aus unseren Anträgen zum vorsorgenden Wasserschutz, zum Wassermengenmanagement und zur Anpassung an den Klimawandel finden sich darin wieder. Zugleich habe ich aber klar benannt, wo wir Nachbesserungsbedarf sehen.

Kritisch bewertet habe ich die geplante so genannte „Waldentlastung“ bei den Beiträgen der Wasser- und Unterhaltungsverbände. Was auf den ersten Blick plausibel klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als bürokratisch, rechtlich riskant und sachlich nicht überzeu-

gend. Der bewährte Flächenmaßstab ist einfach, transparent und rechtssicher – ihn ohne zwingenden Grund aufzubrechen, gefährdet Akzeptanz und Stabilität eines funktionierenden Systems.

Deutlich habe ich mich für die Sicherung der Daseinsvorsorge ausgesprochen, exemplarisch mit Blick auf die Mineralbrunnen in Niedersachsen. Diese überwiegend mittelständischen, regional verwurzelten Betriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Planungssicherheit ist für sie Voraussetzung für Investitionen und langfristige Existenz. Regelungen, die bewährte Bewilligungen aushöhlen oder zusätzliche Unsicherheit schaffen, lehnen wir daher ab.

Mein Fazit: Dieses Gesetz kann gut werden – wenn es mit Augenmaß weiterentwickelt wird. Dafür braucht es fachliche Diskussion, gegenseitigen Respekt und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über Parteidgrenzen hinweg. Genau das sollte unser gemeinsames Motto für das Jahr 2026 sein: mehr Zusammenarbeit im Sinne der Sache. Denn bei allen politischen Unterschieden trägt uns am Ende nur das Gemeinsame.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen guten Rutsch ins neue Jahr, Gesundheit und Zuversicht – und dass wir 2026 politisch wie menschlich zu einem guten Jahr machen.



Bleiben Sie gesund und politisch interessiert.

Ihr

Dr. Frank Schmädeke



Geburtshilfe in Niedersachsen unter Druck

Warum der neue Hebammenhilfevertrag die Versorgung gefährdet

Die geburtshilfliche Versorgung in Niedersachsen steht zunehmend unter Druck. In der Aktuellen Stunde des Niedersächsischen Landtages hat meine Kollegin Laura Hopmann erneut eindringlich auf die Folgen des neuen Hebammenhilfevertrags aufmerksam gemacht. Es ist nicht das erste Mal, dass sie dieses Thema im Parlament anspricht – denn die Lage spitzt sich weiter zu.

Was ist das Problem?

Der neue, bundesweit geltende Hebammenhilfevertrag regelt die Vergütung von Hebammen neu. Besonders betroffen sind Beleghebammen, die freiberuflich in Kliniken arbeiten und dort einen Großteil der Geburtshilfe tragen, vor allem im ländlichen Raum. In der Praxis zeigt sich: Der Vertrag führt bei vielen Beleghebammen zu erheblichen Einkommenseinbußen. Erste Abrechnungen weisen Verluste von bis zu 30 Prozent aus – bei gleichbleibend hoher Verantwortung und Arbeitsbelastung.

Warum ist Niedersachsen so stark davon betroffen?

Gerade Niedersachsen ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Bis vor Kurzem arbeiteten zwölf Kreißäle im Land überwiegend oder ausschließlich mit Beleghebammen. Allein im Jahr 2023 begleiteten sie rund 8.500 Geburten. Wenn Beleghebammen ihre Tätigkeit aus wirtschaftlicher Not aufgeben müssen, hat das unmittelbare Auswirkungen auf ganze Regionen: Kreißäle geraten unter Druck oder müssen schließen, Anfahrtswege

für werdende Eltern werden länger, das verbleibende Personal wird zusätzlich belastet.

Dabei bedeutet flächendeckende Versorgung mehr als die bloße Existenz eines Krankenhauses. Sie setzt ausreichende Kapazitäten, verfügbare Kreißäle und genügend Hebammen voraus, die ihren Beruf auch langfristig ausüben können.

Laura Hopmann widersprach deshalb deutlich der Einschätzung von Gesundheitsminister Andreas Philippi, wonach weder Einkommenseinbußen noch Versorgungsprobleme zu erwarten seien. Diese Einschätzung, so Hopmann, stehe im Widerspruch zu den Erfahrungen der Hebammen und den bereits vorliegenden Zahlen.

Kritisch sieht sie zudem, dass die Landesregierung auf Zuständigkeiten des Bundes verweist. Zwar wird der Hebammenhilfevertrag auf Bundesebene geregelt, die Verantwortung für die Krankenhausplanung und die Sicherstellung der Versorgung liegt jedoch beim Land Niedersachsen. Abwarten reicht hier nicht aus.

Was würde in dieser Situation helfen?

Notwendig sind jetzt kurzfristige Unterstützungs- und Überbrückungslösungen für Beleghebammen, während der Vertrag evaluiert und nachverhandelt wird. Denn wenn Hebammen die Geburtshilfe verlassen, gehen sie dem System häufig dauerhaft verloren – mit Folgen, die sich nicht kurzfristig beheben lassen.

Die CDU-Fraktion steht klar an der Seite der Hebammen.

Sie leisten Unersetzliches für Familien und für unsere Gesellschaft. Eine sichere und wohnortnahe Geburtshilfe braucht faire Rahmenbedingungen und politische Verantwortung. Oder, wie Laura Hopmann es im Plenum auf den Punkt brachte:

Wer die Geburtshilfe sichern will, muss jetzt handeln.

Mit deutlichen Worten hat der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Sebastian Lechner die Bilanz der rot-grünen Landesregierung gezogen. Sein zentrales Urteil: Niedersachsen wird seit Jahren nicht entschieden gestaltet, sondern halbherzig verwaltet. Dialoge ersetzen Entscheidungen, Ankündigungen ersetzen Umsetzung – und zentrale Probleme bleiben ungelöst.

Am Haushalt machte Lechner deutlich, was er als Grundmuster des Regierungshandels beschreibt: Es wird viel angekündigt, aber wenig konsequent zu Ende gebracht. Das Ergebnis sei ein Sammelsurium aus Einzelmaßnahmen ohne klare strategische Linie – „lauter halbe Sachen“ statt klarer Prioritäten für Niedersachsen.

Bildung: Viele Ansätze, kein Konzept

Scharf fiel die Kritik an der Bildungspolitik aus. Zwar gebe es



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Programme, doch ein schlüssiges Gesamtkonzept fehle. Weder bei der Fachkräftegewinnung noch bei Sprachförderung, Ganztag oder Digitalisierung werde konsequent gehandelt. Die Unterrichtsversorgung stagniere, Quereinstiege seien unnötig kompliziert, Lehrkräfte durch Bürokratie überlastet. Teure Tablet-Anschaffungen ohne pädagogisches Konzept ersetzen keine nachhaltige Digitalstrategie. Statt Symbolpolitik brauche es Investitionen in Schulsozialarbeit, Infrastruktur und echte Entlastung der Schulen.

Sicherheit: Verantwortung wird verschoben

Auch in der Innen- und Sicherheitspolitik warf Lechner der Landesregierung Untätigkeit vor. Trotz steigender Belastung nehme die Polizeipräsenz ab, digitale Ausstattung und moderne Sicherheitsstrukturen fehlten. Besonders deutlich wurde die Kritik beim Schutz von Frauen: Die elektronische Fußfessel für Gewalttäter sei angekündigt, verschoben und vertagt worden – während andere Länder längst gehandelt hätten. Das sei

Koalitionstaktik auf Kosten der Sicherheit.

Wissenschaft, Wirtschaft, Infrastruktur: Chancen bleiben liegen

In der Wissenschaftspolitik kritisierte Lechner das fehlende Ordnungsrecht an Hochschulen zum Schutz jüdischer Studierender sowie Führungsschwäche im Ministerium. Wirtschaftspolitisch fehle es an Tempo, Planungssicherheit und industrie-politischer Entschlossenheit. Genehmigungsverfahren dauerten zu lange, strategische Projekte würden blockiert. Auch bei Infrastruktur und Verkehr nutze Niedersachsen vorhandene Spielräume nicht aus – trotz bau-reifer Projekte und verfügbarer Bundesmittel.

Schulden, Verwaltung, Kommunen: falsche Prioritäten

CDU-Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner kritisiert eine Finanzpolitik, die neue Schulden ausreizt, statt strukturelle Probleme

„Halbe Sachen“ als Regierungsprinzip – CDU fordert Richtungswechsel für Niedersachsen

zu lösen. Inflation und steigende Belastungen trafen vor allem die Mitte der Gesellschaft. Niedersachsen brauche eine Angebotspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt – nicht weitere Schulden. Auch bei Staatsmodernisierung und Digitalisierung bleibe das Land deutlich zurück.

Zunehmend belastet sei zudem das Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Wachsende Defizite und mangelnde Unterstützung hätten zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Der Wittmunder Appell von rund 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern mache dies deutlich. Die CDU fordert daher eine dauerhafte Stärkung der Kommunen durch höhere Mittel und mehr Eigenverantwortung.

Fazit: Niedersachsen braucht Entschlossenheit. Niedersachsen braucht keinen Dialog ohne Folgen, sondern klare Entscheidungen und einen politischen Richtungswechsel. Mehr Mut, Tempo und Konsequenz sind nötig – denn Niedersachsen ist zu stark für halbe Sachen.

Aktuelles aus dem Dezember-Plenum

Zukunftssicherung für die Meyer Werft und tausende Arbeitsplätze

Der Großauftrag im Volumen von rund zehn Milliarden Euro für die Meyer Werft in Papenburg ist ein starkes Signal für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Sebastian Lechner betonte, dass dieser Auftrag nicht nur die Werft selbst, sondern auch mehr als 1.800 Zulieferbetriebe absichert. Die Arbeitsplätze seien damit bis mindestens 2035 gesichert – ein klarer Beleg dafür, dass sich die Sanierung der Werft gelohnt habe und das Vertrauen in den Standort Papenburg zurückgekehrt sei.

Unser hafen- und schifffahrtspolitische Sprecher Hartmut Moorkamp hob hervor, dass dieser Erfolg nur möglich war, weil alle demokratischen Kräfte gemeinsam Verantwortung übernommen hätten. Entscheidend bleibe nun, die Reprivatisierung der Werft weiter konsequent zu verfolgen.

Stärkung der Demokratie: Parlamentarisches Kontrollgremium für den Verfassungsschutz

Mit der Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums stärkt der Niedersächsische Landtag die demokratische Aufsicht über den Verfassungsschutz. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Carina Hermann betonte, dass Sicherheit und Freiheit zusammengehören. Handlungsfähige Sicherheitsbehörden müssten immer mit einer starken parlamentarischen Kontrolle verbunden sein. Das neue Gremium sei ein klares Bekenntnis zu einer wehrhaften und rechtsstaatlich verankerten Demokratie in Niedersachsen.

Spielhallen: Mehr Spielerschutz statt Abdrängen in die Illegalität

Scharfe Kritik übte die CDU-Fraktion an der rot-grünen Landesregierung beim Thema Spielhallen. Uwe Dorendorf machte deutlich, dass Rot-Grün für weniger Spielerschutz und den drohenden Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen verantwortlich sei. Rund 3.000

sozialversicherungspflichtige Stellen stünden auf dem Spiel.

Die CDU setzt sich mit einem eigenen Gesetzentwurf für eine Verlängerung der Übergangsfrist für bestehende Verbundspielhallen bis Ende 2030 ein. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig hohen Spielerschutz zu gewährleisten. Dorendorf stellte klar: Gespielt werde immer – die Frage sei, ob unter strengen gesetzlichen Regeln oder im illegalen, unkontrollierten Raum. Nun liege es an SPD und Grünen, dem CDU-Entwurf zuzustimmen.

Kinderschutz: Ankündigungen reichen nicht

Die CDU-Landtagsabgeordnete Sophie Ramdor kritisierte die Aktuelle Stunde der SPD zum Kinderschutz als politisches Ablenkungsmanöver. Trotz jahrelanger Ankündigungen



liege bis heute kein Kinderschutzgesetz vor. Spürbare Verbesserungen für Jugendämter, Fachkräfte oder betroffene Kinder seien ausgeblichen.

Kinderschutz bemesse sich nicht an Debatten, sondern an klaren gesetzlichen Regelungen, verlässlichen Zuständigkeiten und ausreichenden Ressourcen. Die Landesregierung müsse jetzt liefern – alles andere werde der Verantwortung gegenüber Kindern und Familien nicht gerecht.

Haushaltspolitik: Rot-Grün setzt auf Schulden, CDU auf Reformen

In der Haushaltsdebatte kritisierte derstellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher Ulf Thiele die aus seiner Sicht verantwortungslose Schuldenpolitik von SPD und Grünen. Niedersachsen schöpfe als

eines der wenigen Flächenländer sämtliche neuen Kreditspielräume aus und gehöre damit bundesweit zur Spitze der Schuldenmacher. Die CDU-Fraktion setzt dem einen Gegenentwurf entgegen: einen Haushalt ohne neue Schulden, mit klaren Einsparungen und einer Reformagenda für Verwaltung und Personalkosten. Ziel ist eine leistungsfähige, digitalisierte Landesverwaltung, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt. Schulden, so Thiele, seien kein Zukunftskonzept, sondern eine Belastung für kommende Generationen.

Komunen stärken: Vertrauen statt Förderchaos

Ein zentrales Anliegen der CDU-Fraktion bleibt die finanzielle Stabilisierung der Kommunen. Die dramatische Finanzlage von Städten, Gemeinden und Landkreisen sei nicht länger hinnehmbar, betonte Ulf Thiele. Rund vier Milliarden Euro Defizit belasteten die kommunale Ebene.

Die CDU fordert daher eine dauerhafte Entlastung durch zusätzliche 750 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich – finanziert durch Einsparungen im Landshaushalt. Gleichzeitig soll der Förderdschungel gelichtet werden: weniger Einzelprogramme, mehr direkte Mittelzuweisungen, mehr Vertrauen in die Kommunen. Denn starke Kommunen sind das Rückgrat eines funktionierenden Landes und einer lebendigen Demokratie.



Fazit:

Ob Wirtschaft, Sicherheit, Haushalt oder Kommunen: Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzt auf klare Entscheidungen, Verantwortung und Zukunftsfähigkeit. Niedersachsen braucht keine halben Sachen, sondern eine Politik, die Probleme löst und Perspektiven schafft.

Illegale Migration begrenzen

Niedersachsen muss endlich handeln

„Illegal Migration zu begrenzen ist möglich – der Bund zeigt, wie es geht. Jetzt muss Niedersachsen endlich nachziehen“, erklärt unser innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion André Bock.

In Niedersachsen ist die Zahl der Asylsuchenden deutlich gesunken. Bis Ende November wurden rund 9.100 neue Asylsuchende registriert – etwa 50 Prozent weniger als im Vorjahr. Ähnlich zeigt sich die Entwicklung bundesweit: Die Zahl der Erstanträge lag zuletzt rund 55 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Trotz dieser Entlastung bleiben viele Unterbringungskapazitäten im Land ungenutzt.

Nach Auffassung der CDU ist dieser Rückgang das Ergebnis eines klaren Kurswechsels des Bundes, etwa durch ausgeweitete Grenzkontrollen, Einschränkungen beim Familiennachzug und konsequenter Abschiebungen von Straftätern. Ordnung und Integration gehörten zusammen, betont Bock: „Der deutsche Pass muss am Ende erfolgreicher Integration stehen.“

In Niedersachsen sind Rückführungen weiterhin zu langsam und unzureichend koordiniert. Der Fall Friedland hat diese Defizite erneut gezeigt. Die CDU kritisiert insbesondere zersplitterte Zuständigkeiten, Probleme bei Dublin-Fällen und den aufgehobenen Abschiebungserlass.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher einen Kurswechsel:

zentrale Zuständigkeiten, mehr Abschiebungshaftplätze sowie die konsequente Umsetzung von Bezahlkarte und Arbeitspflicht. „Der Bund hat die Voraussetzungen für schnellere Verfahren geschaffen – Niedersachsen muss jetzt handeln“, so André Bock.

„Mit dem GEAS-Anpassungsgesetz schafft der Bund die Voraussetzungen für schnellere Verfahren. Niedersachsen darf nicht länger abwarten, sondern muss handeln“, so Bock. „Eine Wende in der Migrationspolitik ist auch bei uns möglich – wenn der politische Wille da ist.“

Und sonst:

Zu Beginn des Dezember-Plenums wurden im Niedersächsischen Landtag die Pakete für den Johanniter-Weihnachtstrucker abgeholt und verladen.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich beteiligt und ein Päckchen gespendet – ein starkes Zeichen der Solidarität. Denn gerade zur Weihnachtszeit dürfen Zuversicht, Menschlichkeit und das Teilen nicht fehlen.

Seit über 30 Jahren bringt der Johanniter-Weihnachtstrucker Hilfe dorthin, wo sie dringend gebraucht wird: zu Familien, Kindern, Seniorinnen und Senioren in Deutschland und Südosteuropa. Jedes einzelne Paket steht für Hoffnung und Verbundenheit mit anderen Menschen.



Ein herzliches Dankeschön an alle, die diese großartige Aktion unterstützen – ob mit einem Päckchen, ehrenamtlichem Einsatz oder Engagement im Hintergrund. Gemeinsam können wir Freude schenken.



Junge Perspektiven im Landtag – ein Besuch, der Mut macht

Im Dezember durfte ich ganz besonderen Besuch aus meinem Wahlkreis im Niedersächsischen Landtag begrüßen: Schülerinnen und Schüler des beruflichen Gymnasiums der Berufsbildenden Schulen Nienburg.

Begleitet von Kyra Gruis und Holger Schmidt haben die jungen Gäste nicht nur eine Einführung in die parlamentarische Arbeit erhalten, sondern eine volle Stunde live von

der Tribüne aus das Plenum verfolgt. Besonders beeindruckt hat mich die anschließende Diskussion: Die Fragen waren klug, interessiert und zeigten, wie aufmerksam sich junge Menschen mit Politik und gesellschaftlicher Verantwortung auseinandersetzen.

Ich habe mich sehr gefreut, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen und ihre Perspektiven zu hören. Solche Begegnungen sind wertvoll – für die Jugendlichen ebenso wie für uns Abgeordnete.

Dr. Frank Schmädeke MdL



Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de

Impressum

V.i.S.d.P.
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6
31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke
Carina